

Beschlussblatt

Beschlussblatt 48-10-06

Beschlossen am

09.09.2020

Beschluss:

Bei der Kommunalwahl-Debatte, sowie der Veröffentlichung der Wahlprüfsteine kam das Studierendenparlament seiner gesetzlichen Aufgabe nach § 53 Abs. 2 lit. 4 Hochschulgesetz NRW zur Förderung der politischen Willensbildung der Studierenden nach.

In den Antworten hat sich gezeigt, dass es sich bei der politischen Position der AfD in Paderborn und ihres Bürgermeisterkandidaten eindeutig um eine menschenverachtende Hetze handelt.

Diese Positionen und Aussagen entsprechen in keinem Fall dem Bild einer offenen Gesellschaft für das unsere Universität und die Studierendenschaft steht.

Wir haben internationale Mitglieder der Hochschule sowie Mitglieder unterschiedlichster Religionen, sexueller Orientierungen und Identitäten, die alle gemeinsam an unserer Universität lernen, lehren und arbeiten. Sie bereichern nicht nur das Campusleben, sondern die gesamte Gesellschaft.

Die gemachten Aussagen der AfD sind rassistisch, xenophob, sexistisch, islamfeindlich, queerfeindlich und menschenrechtsverachtend. Sie tasten eindeutig die Menschenwürde an. Wo dies passiert, ist kein demokratischer Diskurs mehr möglich. Daher darf und wird dieser nicht geführt werden.

(Ja: 9, Nein: 1, Enthaltung: 7)

So beschlossen am 09.09.2020.

Das Präsidium des 48. Studierendenparlaments

Gerrit Pape, Lea Biere, Michele Tomea Mallorquin